

Statusberichte

Kinderumwelt und Kindergesundheit im deutschen Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit

Die *umweltbezogene Gesundheitspolitik* muss sich an ihrer Kindertauglichkeit, die Qualität einer *gesundheitsbezogenen Umweltpolitik* an ihrer Enkeltauglichkeit messen lassen. Der nachfolgende Statusbericht hat mit diesen beiden Aspekten zu tun.

1 Entwicklung des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit

Die Konferenzen der Europäischen Gesundheits- und Umweltminister in Frankfurt (1989) und Helsinki (1994) führten zur Entwicklung und Vorstellung von Nationalen Aktionsprogrammen für Umwelt und Gesundheit (NEHAP), die dann bei der Konferenz in London (1999) vorgestellt wurden. Das deutsche Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) (BMU und BMG 1999a, b) wurde von Gesundheitsministerin Frau Andrea Fischer und Umweltminister Jürgen Trittin unterzeichnet.

Das Aktionsprogramm ist in den Jahren 1997 bis 1998 von Mitarbeitern der beiden beteiligten Bundesministerien (Bundesgesundheitsministerium und Bundesumweltministerium) und den medizinischen Bundesoberbehörden Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV), Robert Koch-Institut (RKI) und Umweltbundesamt (UBA) und von einem Beraterkreis (G. Baitsch, H. Dunkelberg, H. Eckel, T. Eickmann, R. Flöhl, U. Heudorf, A. Kappos, W. Lutz, V. Mersch-Sundermann, K. E. v. Mühlendahl, F. Tretter, P.M. Wiedemann) erarbeitet worden.

Sowohl Publizität wie Rezeption des APUG sind bislang gering gewesen. In Deutschland werden kaum mehr als einige tausend Menschen von der Existenz des Aktionsprogrammes und des Dokumentationsbandes Kenntnis haben. Es handelt sich auch bisher nicht um ein Programm der Regierung, das APUG ist bislang lediglich von den beiden Ministern verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Ob sich das Kabinett irgendwann einmal damit befasst hat?

In den beiden Ministerien und in den Bundesoberbehörden ist allerdings ein genuines Engagement für die Sache bei den wenigen für den Umgang mit dem APUG – Erarbeitung und Umsetzung – bereitgestellten Personen erkennbar. Die Mittel für die Umsetzung sind nicht reichlich bemessen (im Jahre 2001 1 Millionen DM, 2002-2004 2,0/2,5/2,5 Millionen DM). Es wird ersichtlich, dass für dieses Programm keine sehr großen Ressourcen zur Verfügung stehen. Das APUG ist leider noch auf keiner Ebene "Chefsache".

Einzuräumen ist, dass auch die z.T. in die Mitarbeit an der Umsetzung des APUG eingebundenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die vorgegebenen Themen, darunter das zentrale Thema Kinderumwelt und Gesundheit, nicht

erkennbar, zumindest kaum öffentlichkeitswirksam, aufgreifen. Bei den meisten NGOs ist allerdings bei geringen finanziellen und personellen Ressourcen (sehr viel ehrenamtliche Abend- und Wochenendtätigkeit) die Effektivität generell recht begrenzt.

2 Umsetzung des Aktionsprogramms – Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen

Behördlicherseits ist bislang strukturell folgendes geschaffen (Gundert-Remy 2001): "Die Verantwortung für die Durchführung und Umsetzung des Aktionsprogramms obliegt den Bundesministerien für Gesundheit (BMG) und Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Die Ministerien haben eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, in der auch die beteiligten Bundesoberbehörden (BOB) vertreten sind (alphabetische Reihenfolge) Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV), Robert Koch-Institut (RKI) und Umweltbundesamt (UBA). Aufgabe der Steuerungsgruppe ist die Abstimmung und Organisation der Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsprogramms. Auf der Ebene der beteiligten Bundesoberbehörden ... besteht eine Koordinierungsgruppe mit einer Geschäftsstelle im Umweltbundesamt. Der Vorsitz der Koordinierungsgruppe wechselt in jährlichem Turnus zwischen den Behörden. Aufgabe der Koordinierungsgruppe ist die wissenschaftliche und organisatorische Unterstützung bei der Umsetzung des Aktionsprogramms. Zur fachlichen und politischen Beratung bei der Findung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Zielsetzungen und Maßnahmen des Aktionsprogramms haben die Ministerien einen Beraterkreis externer Experten unter der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) berufen" (G. Baitsch, J. Bilger, W. Dekant, H. Dunkelberg, H. Eckel, T. Eickmann, M. Exner, D. Franke, E. Göpel, H.J. Haury, U. Heudorf, H. Hulpke, V. Mersch-Sundermann, K. E. v. Mühlendahl, H. Neus, G. Pfahl, B. Stöcker, F. Tretter, M. Wiedemann).

Das APUG sieht nämlich ausdrücklich eine Beteiligung von NGOs bei der Umsetzung vor. So kam es noch im Sommer, nach der Londoner Konferenz, zur Konstitution eines mit den Ministerien kooperierenden Aktionsbündnisses (Bündnis Umwelt und Gesundheit, einer lockeren Assoziation sehr verschiedener Formationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Deutsche Akademie für Kinderheilkunde und Jugendmedizin (DAKJ), Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie (DGUHT), Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner (dbu), Europäischer Verbraucherverband für Naturmedizin, Gesundheitsakademie Bielefeld, Hamburgische Arbeitsge-

meinschaft für Gesundheitsförderung, Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED), Ökologischer Ärztenbund (ÖÄB), Politischer Arbeitskreis Patienten-Initiativen.

Es haben bislang vier Sitzungen des *Beraterkreises zur Umsetzung des APUG* stattgefunden, zuletzt am 20.3.01.

3 Kindergesundheit im APUG; Enkeltauglichkeit

In gemeinsamen Besprechungen des Aktionsbündnisses mit den Ministerien war festgelegt worden, mit der umweltbezogenen Kindergesundheit einen ersten Schwerpunkt vorzusehen, sind doch im APUG mehrere Passagen enthalten, die gerade auf diesen Aspekt hinweisen:

"Schwerpunkte für den Komplex Umwelt und Gesundheit bzw. prioritäre Themenfelder der gesundheitsbezogenen Umweltforschung: ... Kinder, Umwelt und Gesundheit. Unterstützung der Bemühungen der Umweltminister zur Verbesserung des Schutzes von Kindern gegenüber Umweltbelastungen"; und in der begleitenden Pressemitteilung hatten Frau Ministerin A. Fischer und Herr Minister J. Trittin gesagt: „Besondere Aufmerksamkeit soll den Aspekten von Umweltbelastungen und Kindergesundheit gewidmet werden.“

Was haben nun die Belange von Kindern in dem APUG zu suchen?

Nach unserer Meinung muss der entscheidende Schwerpunkt bei der Kinder- und Enkeltauglichkeit¹ liegen.

Das APUG hat auf dem Gebiet der auf die Kindergesundheit bezogenen Umweltpolitik bislang folgendes gebracht:

- Eine Tagung "Kinder – Umwelt – Gesundheit in den neuen Bundesländern", Magdeburg, 24.-25.11.00 (gefördert vom Bundesgesundheitsministerium und vom Umweltbundesamt; Hartmann und Luber 2001);
- Ein Fach-Symposium "Kinderumwelt und Gesundheit – Status, Defizite, Handlungsvorschläge", Potsdam, 22.-24.2.01, organisiert von der Umweltkommission der Deutschen Akademie für Kinderheilkunde und Jugendmedizin und vom Robert Koch-Institut (finanziert vom BMG; RKI und Kinderumwelt 2001);
- Am 23. und 24. November 2001 wird in München ein öffentlichkeitswirksames "Forum Kind-Umwelt-Gesundheit" veranstaltet, das ebenfalls vom BMG finanziert wird.

Der sehr wichtige Gesundheits- und Umweltsurvey für Kinder und Jugendliche ist in einer Pilotphase mit der Erfassung von 2000 Kindern und Jugendlichen begonnen worden. In der Hauptphase sollen 20 000 Probanden erfasst werden, wobei neben den gesundheitspezifischen Fragestellungen auch betrachtet werden: "Körperliche Schadstoffbelastungen und Belastungen in Wohnräumen, Risiken aus der natürlichen und durch den Menschen veränderten Umwelt, Hörfähigkeit und Lärmbelastung" (Bellach 2001).

Bei der 4. Sitzung des Beraterkreises am 20.3.01 wurde angekündigt, dass "folgende Forschungsprojekte [geplant seien]:

¹ Der Begriff Enkeltauglichkeit wurde von einer Arbeitsgruppe Ökopädiatrie auf einer Arbeitstagung in Fulda im Frühsommer 2001 geprägt.

Berücksichtigung der Risikogruppe Kind bei der Ableitung gesundheitsbezogener Umweltstandards; Rückstände von Flammenschutzmitteln in Frauenmilch; Exposition von Kindern mit Pestiziden."

Das RKI hat in dem gemeinsam mit der Kinderumwelt gGmbH (vormals DISA/DISU) in Osnabrück betriebenen Onlinesystem UMINFO unter der Internet-Adresse www.uminfo.de/aktionsprogramm/ ein Forum für einen öffentlich nutzbaren elektronischen Diskurs zum APUG eingerichtet. Hier können zahlreiche Grundlagendokumente, Erklärungen und neuerdings auch der Tagungsband zum o.g. Potsdamer Fachsymposium abgerufen werden. Daneben besteht die Möglichkeit zur interaktiven Diskussion, z.B. zum Schwerpunkt "Kinder-Umwelt-Gesundheit", zu Qualitätszielen, Querschnittsmaßnahmen, Prioritäten in der Umweltpolitik u.v.m.. Bisher ist dieser elektronische Diskurs jedoch noch nicht so recht in Gang gekommen, was einerseits auf ungenügendes Vertrautsein mit den neuen Medien zurückgeführt werden kann, zum anderen aber mit einer noch ungenügenden Publizität innerhalb der Nichtregierungsorganisationen und der Bevölkerung zusammenhängen dürfte.

Bisher ist das in der Tat alles, was hinsichtlich der umweltbezogenen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des APUG passiert ist. Ist das viel, oder ist das wenig? Man muss die Beantwortung dieser Frage natürlich an den Erwartungen messen. In welchen Zeiträumen soll man mit manifesten Veränderungen rechnen?

4 Wertigkeit des APUG

Die für den Umgang mit dem APUG vorhandenen Personalressourcen sind in den Ministerien und den Bundesoberbehörden sehr knapp. Das mag an einem insgesamt in den Behörden engen Personalbestand liegen, könnte aber auch das relativ geringe Interesse signalisieren, das diesem Projekt zugestanden wird. Auch mit dem relativ geringen Jahresetat (s.o.) wird nicht viel zu bewegen sein, und auch das mag für den geringen Stellenwert stehen.

Auf der erwähnten letzten Beraterkreissitzung wurde von der Koordinierungsgruppe neben den kinderspezifischen Themen folgende weitere Projekte angeführt:

- Zwei Veranstaltungen zum "Umgang mit Risiken"
- "Zu folgenden Themen sind Forschungsvorhaben geplant: MCS (Folgeprojekte zu derzeit laufenden Vorhaben²); Biozidanwendung im Haushalt, GVP im Rahmen von UVP, Nachweisverfahren von Schimmelpilzen in Gebäuden."

Schließlich mag hinzugerechnet werden, dass im Jahre 2000 und 2001 die Finanzierung des Umweltmedizinischen Infor-

² Im Jahre 2000 sind zwei klinische Forschungsvorhaben zur Multiplen Chemischen Sensitivität (MCS) initiiert und aus dem insgesamt ja recht kleinen Etat für die Umsetzung des APUG finanziert worden. Dabei handelt es sich nach Meinung vieler Mitglieder des Beraterkreises, der zu der Sache nicht gehört wurde, um Projekte, von denen zumindest eines schon im Ansatz wissenschaftlich so unqualifiziert war, dass die Entscheidung zur Durchführung nur politisch motiviert gewesen sein kann. Um an dieser Stelle pro domo zu sprechen: siehe APUG auf S. 13

mationsforums (UMINFO mit DISU und DISA, seit Anfang 2001 Kinderumwelt gGmbH) fortgesetzt wurde. Das kann auch als Aktivität im Rahmen des APUG gewertet werden³, beruht aber auf einer Projektförderung, die im Wesentlichen vor der Abfassung und Verabschiedung des APUG beschlossen worden war. Mit Auslaufen des Projektes Ende 2001 endet diese Finanzierung. Derzeit wird auf verschiedenen Ebenen der Ministerien und Bundesoberbehörden geprüft, ob, wie und vielleicht in welchem Umfang eine weitere finanzielle Sicherstellung zumindest der Basisfunktionen gewährleistet werden kann.

5 Abschließende Bemerkungen

Die hier versuchte, sicher nicht ganz vollständige Bilanz mag dürrig aussehen. Vielleicht ist es billig, die Initiativen des Bundesumweltministeriums zur Förderung von regenerativen Energien und die Denkansätze des Bundesverkehrsministeriums über eine Begrenzung des Lastkraftwagen-Verkehrs auch zu Buche zu schreiben.

Allerdings ist in den vergangenen Jahren von verschiedener Seite sehr viel mehr und auch Konkretes angemahnt und vorgeschlagen worden. Frau G. Pfahl/B.U.N.D (Pfahl 2001) verweist auf den auch von den deutschen Vertretern 1999 unterschriebenen Europäischen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit und andere öffentliche Stellungnahmen als "Steinbruch für innovative Ansätze". Derartige Äußerungen – Kritiken, Forderungen, Stellungnahmen von vielen politischen und administrativen Seiten – sind im Berichtband über die Potsdamer Arbeitstagung (RKI und Kinderumwelt 2001) zusammengestellt. Im Grunde genommen reichte es völlig aus, die Umsetzung der vielen sehr durchdachten und substantiell vorformulierten Forderungen anzumahnen. Einiges von dem, was darüber hinaus konkret zu fordern ist, ist in der "Potsdamer Erklärung" (RKI und Kinderumwelt 2001) enthalten. Nützlich in diesem Kontext sind auch einige weitere Bände (Altgeld und Hofrichter 2000, Bilger und Petersen 2000, Hartmann und Lubert 2001, von Mühlendahl et al. 1992-1999).

Beispielhaft sei das erwähnt, was im APUG vom BMG und BMU formuliert worden ist: "Verringerung verkehrsbedingter Emissionen (bis zum Jahr 2005 Benzol um 85% sowie Dieselruß um 50% bezogen auf 1998). Flächendeckende Einhaltung eines vorsorgeorientierten Zielwertes für bodennahes Ozon von 120 µg/m³." – In den letzten beiden Sommern haben wir allerdings bemerkenswerterweise in Deutschland keine Sommersmogverordnung gehabt.

Und was ist eigentlich Enkeltauglichkeit? Es handelt sich um eine eindrückliche, plastische Beschreibung dessen, was

abstrakter auch mit Nachhaltigkeit bezeichnet wird. Ein hier im Sinne eines wissenschaftlichen Abstracts auf die Aussage komprimiertes Märchen aus Karelien illustriert das:

"Ich werde dafür sorgen, dass Du Deine alten Tagen ruhig und sicher erleben kannst", sagte der erste. – "Ich werde fleißig lernen und viel arbeiten, sodass Du stolz sein kannst", sagte der andere.

"Ich will, so wie Du jetzt, Sorge um meine Enkelkinder haben." Nur diesen dritten, seinen Sohn Munin, trug der Rabe Hugin ans rettende Ufer, denn er konnte aus der steigenden Flut lediglich eines seiner Kinder retten.

6 Literatur

- Altgeld T, Hofrichter P, Eds (2000): Reiches Land – kranke Kinder? Gesundheitliche Folgen der Armut bei Kindern und Jugendlichen. Mabuse-Verlag, Frankfurt
- Bellach B (2001): Der Gesundheits- und Umweltsurvey für Kinder und Jugendliche – ein Element des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit. In: Robert Koch-Institut und Kinderumwelt gGmbH der Deutschen Akademie für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Eds: Kinderumwelt und Gesundheit, Status-Defizite-Handlungsvorschläge. Berlin, S 78-80
- Bilger J, Petersen E, Eds (2000): Kinder – Gesundheit – Umwelt – Krankheit. Mabuse-Verlag, Frankfurt
- BMU und BMG, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für Gesundheit (1999a): Dokumentation zum Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Bonn (zu beziehen von den Referaten Öffentlichkeitsarbeit, BMG, 53108 Bonn, BMU, PF 120629, 53084 Bonn)
- BMU und BMG, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für Gesundheit (1999b): Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Bonn (zu beziehen von den Referaten Öffentlichkeitsarbeit, BMG, 53108 Bonn, BMU, PF 120629, 53084 Bonn)
- Gundert-Remy U (2001): Vorstellung des Aktionsprogrammes Umwelt und Gesundheit. In: Hartmann T, Lubert G, Eds: Kinder-Umwelt-Gesundheit. Mabuse-Verlag, Frankfurt, S 16-27
- Hartmann T, Lubert G, Eds (2001): Kinder-Umwelt-Gesundheit. Mabuse-Verlag, Frankfurt
- Pfahl G (2001): Kinder-Umwelt-Gesundheit. Ein Bündnis Umwelt und Gesundheit. In: Hartmann T, Lubert G, Eds: Kinder-Umwelt-Gesundheit. Mabuse-Verlag, Frankfurt
- RKI und Kinderumwelt, Robert Koch-Institut und Kinderumwelt gGmbH der Deutschen Akademie für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Eds (2001): Kinderumwelt und Gesundheit, Status-Defizite-Handlungsvorschläge. Berlin
- von Mühlendahl KE, Otto M, Schmidt S, Eds (1992-1999): Kinderarzt und Umwelt, Jahrbücher 1991/1992, 1993/1994, 1995/1996, 1997-1999. Alete/Bosch, München

³Zur Verbesserung des Informationsmanagements sind folgende Massnahmen vorgesehen: ... Sicherstellung der notwendigen Weiterführung und des Ausbaus des elektronischen Informations- und Kommunikationsnetzes UMINFO." (aus dem APUG)

Karl Ernst von Mühlendahl, Matthias Otto
Kinderumwelt gGmbH der Deutschen Akademie
für Kinderheilkunde und Jugendmedizin
Osnabrück